

Satzung
der Freien Wählergemeinschaft Groß-Bieberau (FWG)
vom 11. November 2005

Präambel

1. Die Wählergemeinschaft fühlt sich sozialen und christlichen Grundwerten verpflichtet.
2. Zur Verwirklichung des Ziels einer sachgerechten, unabhängigen und offenen Kommunalpolitik bilden freie, unabhängige Bürger der Stadt Groß-Bieberau die Freie Wählergemeinschaft Groß-Bieberau und geben sich folgende Satzung

§1

Name, Sitz, Grundhaltung

1. Die Wählergruppe führt den Namen Freie Wählergemeinschaft Groß-Bieberau mit der Abkürzung FWG und sieht sich als demokratische Organisation auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Hessen.
2. Sie hat ihren Sitz in Groß-Bieberau.

§2

Zweck

1. Zweck der FWG ist der Zusammenschluss kommunalpolitisch interessierter Bürger mit dem Ziel, gemeinsam eine angemessene Vertretung ihrer Interessen in den lokalen Körperschaften zu erreichen. Sie ist zur Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien bereit.
2. Die FWG bezweckt, in der Stadt Groß-Bieberau eine ausschließlich sachbezogene, parteipolitisch ungebundene und im Interesse der Einwohner der Stadt Groß-Bieberau liegende kommunalpolitische Tätigkeit zu entfalten.
3. Die FWG nimmt an den Kommunalwahlen teil. Sie stellt hierfür eine eigene Kandidatenliste auf.

§3

Mitgliedschaft

1. Mitglied kann jeder unbescholtene und interessierte Bürger der Stadt Groß-Bieberau werden. Die Mitgliedschaft in anderen politischen Parteien oder Wählergemeinschaften ist zugelassen, soweit Aktivitäten für diese anderen Parteien oder Wählergemeinschaften im Rahmen der Kommunalpolitik (für die Stadtverordnetenversammlung und/oder Ortsbeiräte) in der Stadt Groß-Bieberau unterbleiben.
2. Die Mitgliedsaufnahme erfolgt auf Antrag, über dessen Annahme der Vorstand entscheidet.

§4

Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet

- a) durch Austrittserklärung. Dies bedarf der Schriftform und ist an den Vorstand zu richten. Sie ist jederzeit zulässig und wirkt sofort.
- b) durch Ausschluss. Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt durch Beschluss des Vorstands, wenn ein Mitglied die Interessen der FWG gröblich verletzt oder in seiner Person selbst ein wichtiger Grund vorliegt.
- c) durch Tod.

2. Im Falle des Ausschlusses ist der entsprechende Vorstandsbeschluss dem Mitglied schriftlich mitzuteilen. Gegen diesen Beschluss kann das Mitglied innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Zugang Einspruch einlegen. Ein solcher Einspruch bedarf der Schriftform und ist an den Vorstand zu richten. Dieser hat sodann spätestens in der nächsten turnusmäßigen Mitgliederversammlung nach Zugang eines solchen Einspruchs die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung herbeizuführen. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist sodann endgültig. Ab dem Zeitpunkt, an welchem das auszuschließende Mitglied über einen Ausschließungsbeschluss des Vorstands unterrichtet ist, ruht die Mitgliedschaft.

§5

Beiträge

1. Beiträge werden keine erhoben. Etwaige Aufwendungen sollen durch Spenden finanziert werden.

2. Im Falle besonderer finanzieller Aufwendungen zu Lasten der Wählergemeinschaft - etwa aus Anlass der Notwendigkeit der Finanzierung von Wahlkämpfen und ähnlichen Maßnahmen -, ist die Mitgliederversammlung befugt, auf Vorschlag des Vorstandes eine einmalige Jahresumlage zu beschließen, die jedoch je Mitglied einen Betrag von 50,-- EURO jährlich, nicht überschreiten sollten.

§6

Organe

Die Organe der FWG sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der (geschäftsführende) Vorstand,
sowie nach der Kommunalwahl
3. der erweiterte Vorstand,
4. die Mandatsträger der FWG in der Stadtverordnetenversammlung

§7

Geschäftsführender Vorstand

1. Der geschäftsführende Vorstand vertritt die Wählergemeinschaft nach außen. Er führt die Geschäfte der Wählergemeinschaft. Seine Mitglieder müssen Mitglieder der Wählergemeinschaft sein.
2. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus
 - a) dem 1. Vorsitzenden
 - b) dem 2. Vorsitzenden, der gleichzeitig Vertreter des 1. Vorsitzenden ist,
 - c) dem Rechner und Schriftführer in Personalunion
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind jeweils zwei der in Ziffer 2 bezeichneten Vorstandsmitglieder, darunter mindestens der 1. oder der 2. Vorsitzende.
4. Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Bei Eilbedürftigkeit können Beschlüsse auch im sogenannten Umlaufverfahren gefasst werden. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des 1. Vorsitzenden ausschlaggebend.
5. Der erste Vorstand wird auf maximal drei Jahre , danach wird der Vorstand auf jeweils zwei Jahre gewählt. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so findet für den Rest der Amtszeit des Vorstandes auf der nächsten Mitgliederversammlung eine Nachwahl statt.
6. Der Vorstand führt seine Geschäfte ehrenamtlich. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben.
7. Der Vorstand schlägt die Liste der Kandidaten zu jeglichen Wahlen vor.

§8

Kassenführung

1. Der Rechner ist für die Kassenführung verantwortlich. Er leistet Zahlungen auf Anweisung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters.
2. Zwei von der Mitgliederversammlung bestellte Kassenprüfer prüfen Kasse und Jahresabschluss.

§9

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der FWG. Sie tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Sie muss einberufen werden, wenn $\frac{1}{4}$ der Mitglieder es verlangt, oder der Vorstand dies aus besonderem Anlass für geboten hält.
2. Der Mitgliederversammlung obliegen
 - a) im Turnus von jeweils zwei Jahren die Wahl des Vorstands und alljährlich die Wahl von zwei Kassenprüfern;
 - b) die Entgegennahme des Geschäfts- und des Kassenberichts;
 - c) die Beschlussfassung über die Entlastung des geschäftsführenden Vorstands;

- d) Festsetzung von Mitgliedsbeiträgen und ggf. Umlagen;
- e) Satzungsänderungen;
- f) Ausschluss von Mitgliedern, soweit dagegen Einsprüche vorliegen;
- g) Beschlussfassung über die jeweiligen Anträge des Vorstands.
- h) Verabschiedung der Kandidatenlisten.

3. Die Mitgliederversammlung ist bei satzungsgemäßer Einladung jederzeit beschlussfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder. Die Versammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit der vertretenen Stimmen. Satzungsänderungen, sowie die Abberufung von Vorstandsmitgliedern, bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder.

4. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands werden von der Mitgliederversammlung in gleicher, allgemeiner und unmittelbarer Wahl mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gewählt. Die Wahl erfolgt per Akklamation. Falls nur ein anwesendes Mitglied dies beantragt, ist die Wahl geheim durchzuführen.

5. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom 1. Vorsitzenden sowie dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

6. Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden oder in seiner Stellvertretung vom 2. Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Einladung erfolgt mindestens sieben Tage zuvor durch einfachen Brief oder Veröffentlichung unter Mitteilung der Tagesordnung im "Amtlichen Mitteilungsblatt" der Stadt Groß-Bieberau. Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung der Mitgliederversammlung sind mindestens drei Tage zuvor schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Später eingereichte Anträge können nur mit 2/3 der anwesenden Mitglieder der Mitgliederversammlung in die Tagesordnung aufgenommen werden.

§10

Auflösung

1. Die Auflösung der Freien Wählergemeinschaft Groß-Bieberau kann erfolgen, wenn in einer hierzu einberufenen Mitgliederversammlung 3/4 der anwesenden Mitglieder dies beschließen und dieser Beschluss 60 Tage später von einer weiteren Mitgliederversammlung mit der gleichen Mehrheit bestätigt wird.

2. Bei der Auflösung der Wählergemeinschaft wird das Vermögen einem allgemein anerkannten wohltätigen Zweck zugeführt. Über den Empfänger beschließt die Mitgliederversammlung.

§11

Die Mitglieder der FWG in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat

1. Die Fraktion der FWG in der Stadtverordnetenversammlung konstituiert sich jeweils nach der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Sie setzt sich zusammen aus den für die FWG in die Stadtverordnetenversammlung gewählten Vertretern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Fraktionsvorsitzenden und einen Stellvertreter.

2. Die Mitglieder der Fraktion sind in ihren Entscheidungen frei und nur ihrem Gewissen unterworfen.

3. Die Mitglieder der FWG im Ortsbeirat nehmen an Fraktionssitzungen teil.

§12

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§13

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Beschluss der Mitgliederversammlung in Kraft.

Beschlossen in der Gründungsversammlung vom 11. November 2005

1. Vorsitzender

2. Vorsitzender

Rechner / Schriftführer